

Brotrevolten 2.0

Unterernährung, Armut und die Politik in afrikanischen Ländern

Bettina Rühl

Geboren 1965 in Bad Homburg vor der Höhe, seit 1988 freiberufliche Journalistin, arbeitet schwerpunktmäßig zu Afrika und wurde mit mehreren Hörfunkpreisen für ihre Radio-Features über das politische und soziale Innenleben Afrikas ausgezeichnet. Sie lebt seit 2011 in Nairobi.

Das Tränengas brennt in den Augen, in der Lunge, macht das Atmen schwer. Die Polizisten, geschützt durch ihre paramilitärische Kampfmontur, feuern immer weiter:¹ Kartuschen mit Tränengas, auch Munition, darunter scharfe.² Im Juni 2024 hängen über der Innenstadt von Kenias Hauptstadt Nairobi weißer, dicker Nebel und ein beißender Gestank. Die kenianische Jugend pro-

testiert gegen Präsident William Ruto und ein neues Gesetz, das die Steuern auf viele Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs deutlich erhöhen soll, darunter auf Brot und Speiseöl. Auch im benachbarten Uganda gehen junge Erwachsene wenig später auf die Straße, inspiriert von der kenianischen Generation Z, also den 20- bis 30-Jährigen. In Uganda gelten die Proteste ebenfalls der Korruption und steigenden Preisen. Ebenso im westafrikanischen Nigeria: Dort rufen Kritiker der Regierung von Präsident Bola Tinubu im August 2024 „Tage der Wut“ aus, und Tausende ziehen durch die Straßen, weil sie im Alltag kaum noch über die Runden kommen. Ein ausschlaggebender Zündfunke: die stark gestiegenen Preise für Yams. Mit Kochbananen zu einem festen Brei namens Fufu vermischt, sind die dunklen Knollen der wichtigste und sehr beliebte Sattmacher in dem Land mit seinen 230 Millionen Einwohnern.

In vielen weiteren afrikanischen Ländern gab es in den vergangenen Jahren Lebensmittelrevolten, also Aufstände wegen stark steigender Preise für Grundnahrungsmittel, darunter in Ägypten, Mosambik und im Sudan. Ernährungssicherheit und Preisstabilität sind daher nicht nur wirtschaftliche Fragen. Ganz im Gegenteil: Sie können schnell innenpolitische Spannungen auslösen und die politische Legitimität von Regierungen infrage stellen, die nicht sicherstellen, dass sich die Bevölkerung mit für sie erschwinglichen Lebensmitteln versorgen kann. Insbesondere dann, wenn sie keine sozialen Sicherungssysteme aufgebaut haben, um ihre Bevölkerungen im Notfall zu unterstützen.

Fehlende Verteilungsgerechtigkeit

Hinzu kommt, dass der Mangel der einen den Überfluss der anderen noch krasser zutage treten lässt. Wer sich satt essen kann, schaut vielleicht nicht auf die Teller der anderen. Wer dagegen hungert, schaut sich zwangsläufig um, und der Blick fällt womöglich auf den zum Teil obszön zur Schau gestellten Reichtum der Elite.

Der Mangel an Lebensmitteln oder gar Hunger haben auch mit Fragen der Verteilung zu tun. Dabei steht, wenn über „Hunger in Afrika“ gesprochen wird, oftmals zweierlei im Subtext. *Erstens*: Hunger sei ein Schicksal, quasi eine Naturgewalt. *Zweitens*: Afrika oder Menschen in Afrika seien arm. Beides ist in dieser Absolutheit falsch. Denn *erstens* hat Hunger nicht nur natürliche Ursachen wie Dürre, Überschwemmungen oder Schädlingsbefall (deren Häufigkeit durch den menschengemachten Klimawandel zunimmt), sondern auch politische, soziale und ökonomische Ursachen, die von Menschen gemacht sind. Allen voran gilt das für Kriege und Konflikte, die Millionen von Menschen in die Flucht schlagen, Felder verwüsten und Ernten verhindern. *Zweitens* ist

Hunger selten die Folge eines absoluten Mangels an Lebensmitteln. Oft sind die Märkte voll oder zumindest nicht ganz leer, während in der Nachbarschaft Menschen mangelernährt sind und womöglich an Hunger sterben, weil sie nicht genug Geld haben, um sich das Essen kaufen zu können. Hunger und Mangelernährung sind also auch eine Folge fehlender Verteilungsgerechtigkeit und damit von schlechter Regierungsführung. So ist es nur folgerichtig, dass in Kenia und in anderen afrikanischen Ländern die protestierende Jugend gegen steigende Lebensmittelpreise und gegen Korruption oder *bad governance* auf die Straße ging.

Kenia ist ein gutes Beispiel dafür, wie steigende Ernährungsunsicherheit und wachsender Wohlstand in einem Land Hand in Hand gehen können. In dem ostafrikanischen Wirtschafts„hub“ vergrößert sich die Kluft zwischen Arm und Reich.³ Einerseits ist der Anteil der wirtschaftsarmen Bevölkerung immer noch hoch, trotz einer leichten Verbesserung in den vergangenen Jahren. Denn weiterhin leben vierzig Prozent der Kenianerinnen und Kenianer in Armut,⁴ also von weniger als 2,15 US-Dollar täglich. Laut einer Umfrage der Nachrichtenagentur *Citizen Digitalis*⁵ mussten zwei

1 Independent Policing Oversight Authority (IPOA): Monitoring Report on Policing of the Protests Held in Various Counties, diverse dates in June, July and August 2024, https://ipoa.news/wp-content/uploads/2024/09/Anti-Finance-Bill-Report-2024.pdf?utm_source=chatgpt.com [letzter Zugriff: 11.11.2025].

2 DefendDefenders (East and Horn of Africa Human Rights Defenders Project): Overview of the Human Rights Situation in the East and Horn of Africa, Banjul, Oktober 2024, https://defenddefenders.org/wp-content/uploads/2024/10/Biannual-report.pdf?utm_source=chatgpt.com [letzter Zugriff: 11.11.2025].

3 Beverly Musili: „Kenya’s Inequality Crisis: Why Kenya Must Increase Investments in Public Services Now“, in: Oxfam Blog, 19.06.2025, https://kenya.oxfam.org/latest/blogs/kenyas-inequality-crisis-why-kenya-must-increase-investments-public-services-now?utm_source=chatgpt.com [letzter Zugriff: 11.11.2025].

4 Kenya National Bureau of Statistics: The Kenya Poverty Report 2022, veröffentlicht im Oktober 2024, www.knbs.or.ke/wp-content/uploads/2024/10/The-Kenya-Poverty-Report-2022.pdf [letzter Zugriff: 11.11.2025].

Drittels der befragten Haushalte den Umfang oder die Anzahl ihrer täglichen Mahlzeiten reduzieren, weil sie sich mehr nicht leisten konnten. Für viele sei eine Mahlzeit täglich der neue Normalzustand. Andererseits besitzen in dem ostafrikanischen Land mittlerweile mehr als 7.000 Superreiche ein Vermögen in der Höhe von einer Million US-Dollar aufwärts.⁶ Dieser Reichtum wurde vermutlich nicht nur auf legalen Weg erworben. Schätzungen zufolge verliert der kenianische Staat jedes Jahr rund ein Drittel des Staatshaushalts durch Korruption, Veruntreuung und Misswirtschaft. Benötigt würde das Geld jedoch dringend für die Förderung der Produktivität in der Landwirtschaft, deren Anpassung an den Klimawandel, für Sozialprogramme oder Subventionen für Grundnahrungsmittel.

Sechzig Prozent des Einkommens für Lebensmittel

Afrika ist keine Ausnahme, dass Lebensmittelknappheit zum Katalysator für Aufstände oder Umbrüche wird. Hunger mobilisiert die Massen seit Jahrhunderten, weil Lebensmittelknappheit fast alle Menschen gleichermaßen trifft – abgesehen von der extremen Elite. Dadurch können sich Aufstände, die sich am Hunger entzünden, schnell über Städte und Regionen hinweg ausbreiten. Die vielleicht berühmtesten Revolutionen der Geschichte wurden durch gestiegene Brotpreise und knappe Lebensmittel ausgelöst: die Französische Revolution 1789 und 1917 die Russische Revolution. Dort war die sogenannte Brotrevolution im Februar 1917 ein wichtiger Auslöser für den Sturz des Zaren.

Auch in Industrieländern sind Menschen in den vergangenen Jahren auf die Straßen gegangen, um gegen stark gestiegene Lebensmittelpreise zu demonstrieren – nicht zuletzt, weil die Corona-Pandemie und der russi-

sische Angriffskrieg gegen die Ukraine weltweit zu einem starken Preisanstieg bei Lebensmitteln führten. Aber die Proteste sind meist weniger heftig als in Ländern des sogenannten Globalen Südens, denn in der Regel werden sie über politische Parteien, Gewerkschaften oder andere etablierte Kanäle gesteuert. Außerdem reagieren die Regierungen meist schneller und verhindern durch Subventionen, Preisdeckel oder Sozialpakete eine Eskalation. Vor allem aber: Bei den Protesten geht es nicht unbedingt um existentiellen Hunger, sondern um steigende Lebenshaltungskosten und die Unzufriedenheit, die sie auslösen.

Ein zentraler Grund dafür, dass steigende Lebensmittelpreise die Bevölkerungsmehrheit in afrikanischen Ländern härter treffen, als es beispielsweise in europäischen Ländern der Fall ist: In vielen afrikanischen Ländern müssen die Menschen mindestens sechzig Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden. Das ist sehr viel mehr als in Industrieländern. Auch dort, also beispielsweise in Deutschland, müssen einkommensärmere Haushalte einen deutlich höheren Anteil ihres Einkommens für Lebensmittel aufbringen als wirtschaftlich besser gestellte. Aber selbst bei Besucherinnen und Besuchern der „Tafeln“ waren es nach einem Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 2022 „nur“ zwanzig Prozent⁷ – also sehr wenig im Vergleich

⁵ Citizen Digital: It's one meal a day for most families, as cost of living rises, 18.06.2023, www.citizen.digital/article/its-one-meal-a-day-for-most-families-as-cost-of-living-soars-n321882?utm_ [letzter Zugriff: 11.11.2025].

⁶ National Taxpayers Association: The Potential and Justifications for Taxing Wealth in Kenya, November 2024, www.nta.or.ke/wp-content/uploads/2024/11/Wealth-Tax-in-Kenya.pdf [letzter Zugriff: 11.11.2025].

⁷ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Etwa 1,1 Millionen Menschen in Deutschland besuchen Tafeln – vor allem Alleinerziehende und Getrenntlebende überdurchschnittlich häufig, DIW Wochenbericht, 89. Jg., Nr. 39, Berlin, 28.09.2022, www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.854860.de/22-39-1.pdf?utm_ [letzter Zugriff: 11.11.2025].

mit wirtschaftsarmen Menschen in afrikanischen Ländern. Weil ihnen kaum Spielraum bleibt, um auf weitere Preissteigerungen für Brot, Maismehl oder Speiseöl zu reagieren, haben Teuerungen für viele Menschen unmittelbar existentielle Folgen – und sie äußern sich sehr viel deutlicher in politischem (Massen-) Protest.

Profit durch Landgrabbing

Nun stehen nicht nur die Länder auf dem afrikanischen Kontinent vor der Herausforderung, ihre wachsende Bevölkerung ausreichend zu ernähren, wobei die Folgen des Klimawandels das Problem von Jahr zu Jahr verschärfen. Der international stark steigende Bedarf an Lebensmitteln führt zu neuen internationalen Beziehungen und Abhängigkeiten, auch zu neuen Verhältnissen der Ausbeutung.

Während Afrika in Deutschland noch immer häufig stereotyp als „Hungerkontinent“ wahrgenommen wird, wecken seine großen Landflächen und potenziell fruchtbaren Böden seit Jahren die Begehrlichkeiten vieler Staaten, denen es selbst an Anbauflächen mangelt. Um ihrerseits massive Preissprünge und Abhängigkeiten durch allzu viele Lebensmittelimporte zu vermeiden, schauen sie sich in anderen Ländern nach vielversprechendem Ackerland um. Die Liste der Staaten und staatseigenen Unternehmen, die in Afrika landwirtschaftliche Flächen gepachtet oder gekauft haben, ist lang. Begonnen haben diese Investitionen, die oft als Landgrabbing bezeichnet werden, in den 2000er-Jahren. Ganz vorn mit dabei sind die Golfstaaten, namentlich Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar, außerdem China, Indien, Südkorea und Japan. Auch europäische Konzerne oder Investmentfonds sind im Landwirtschaftssektor in Afrika aktiv, aber selten geht die Initiative von europä-

ischen Regierungen aus, und ebenso selten geht es primär um die Versorgung der eigenen Bevölkerung. Stattdessen stehen bei diesen europäischen Investitionen kommerzielle Interessen im Mittelpunkt – es geht also um den Profit.

Wenn auch die Motive unterschiedlich sind, ist das Ergebnis gleich: Fruchtbare Ackerland wird der Nutzung durch die einheimische Bevölkerung entzogen und steht nicht mehr zur Verfügung, um die landwirtschaftliche Produktion in Afrika selbst zu sichern. Ganz im Gegenteil verschärft die Nutzung von Ackerland durch ausländische Regierungen oder Konzerne die Ernährungsunsicherheit auf dem afrikanischen Kontinent, auch wenn die Investitionen vereinzelt Arbeitsplätze und damit Einkommen schaffen können. Geschäftspartner der ausländischen Investoren sind in aller Regel Vertreterinnen und Vertreter der afrikanischen Regierungen, die ihrerseits eigentlich alles versuchen müssten, um möglichen Preissteigerungen durch Lebensmittelknappheit und der Abhängigkeit von Importen möglichst vorzubeugen.

Das starke Bevölkerungswachstum und die Auswirkungen der Klimakrise bringen mit sich, dass die regulatorischen Fähigkeiten von Regierungen immer stärker gefordert werden. Sind Staaten schwach und Regulierungslücken groß, zeigt sich besonders deutlich, wie globaler Druck und wirtschaftliche Interessen lokale Ernährungssysteme beeinflussen können. Die jüngsten Preissteigerungen bei Lebensmitteln und die damit verbundenen Proteste in mehreren Ländern haben deutlich gemacht, wie sensibel die Lage ist. Die politischen Antworten fielen sehr unterschiedlich aus; einige Regierungen reagierten mit sozialpolitischen Maßnahmen wie Subventionen. Oftmals zeigte sich die Stärke der Staaten allerdings vor allem auf eine Weise: in der harten Repression der Proteste.